



Konservative Kommentare August '22

von Peter Helmes

Liebe Leser,

an dieser Stelle veröffentliche ich regelmäßig einmal im Monat meist kritische und bissige Kommentare – aus konservativer Sicht versteht sich – zu Themen bzw. Vorgängen, die in den Medien selten oder gar nicht besprochen oder verzerrt dargestellt werden.

Ich wünsche Ihnen eine stets spannende Lektüre und freue mich über Kritik und Anregungen, die Sie mir direkt (Peter.Helmes@t-online.de) oder an Die Deutschen Konservativen (info@konservative.de) senden können.

Das ZdK und das Thema Abtreibung – ein skandalöses Trauerspiel

Von Peter Helmes

Einsatz für Abtreibung ist Einsatz für Tod statt für Leben

Unsere Gesellschaft ist in „humane Schieflage“ geraten: Der Tod scheint wichtiger als das Leben. Egal in welcher Partei oder „gesellschaftlichen Gruppe: Überall geht es in den aktuellen Diskursen um ein „Recht auf würdiges Altern“ oder „würdiges Sterben“ – begründet damit, daß jeder das Recht „auf Selbstbestimmung“ habe, über sein eigenes Leben zu entscheiden wie über seinen Tod. Förderung von Vereinen und Verbänden, die sich für Abtreibung, Sterbehilfe, Freigabe von Drogen etc. einsetzen – das sind offenbar die besonderen Aufgaben einer menschengerechten Politik. Der Einsatz für Leben stört da nur.

Eine marode Gesellschaft

Abtreibungspraxen wachsen, aber freiberufliche Hebammen siechen dahin. Sterben und Töten werden gefördert, Abtreibungen erleichtert. Aber „Abtreibung“ ist lediglich eine höfliche Umschreibung für „Tötung Ungeborener“. Auch hier wieder das Messen mit zweierlei Maß: Dieselben Christen, die die „Kirche von unten“ und das „Zweite Vatikanische Konzil“ feiern, verheimlichen, daß genau jenes Konzil die Abtreibung als „**verabscheuungswürdiges Verbrechen**“ bezeichnet hat.

Wann hat man zum letzten Mal in der Tagesschau oder einer anderen Nachrichtensendung eines öffentlich-rechtlichen Senders gesehen, in welchem die Schmerzen ungeborener Kinder thematisiert werden?

Dabei geht es nicht primär um die Schmerzen: Kinder im Mutterleib besitzen ein Recht auf Leben unabhängig davon, ob sie Schmerzen verspüren oder nicht.

Wir müssen dafür sorgen, daß die ungeborenen Kinder eine Lobby erhalten, die wirkmächtig ihre Rechte einklagt. Insbesondere müssen wir dafür sorgen, daß allen Menschen bewußt ist, daß die ungeborenen Kinder vollständige und vollberechtigte Menschen sind.

Um das zu erreichen, müssen wir die Sichtbarkeit der ungeborenen Kinder erhöhen. Deshalb bitte ich Sie, die nachfolgende Petition in Ihrem Bekanntenkreis und in den sozialen Netzwerken wie Facebook zu verbreiten:

<https://www.change.org/p/r%C3%BCcktrittsforderung-an-frau-stetter-karp>

Peter Helmes

„Das ist nicht meine Kirche!“

Von Klaus Hildebrandt und Thomas Adam

Gerne komme ich dieser Bitte nach (s.u.). Sie können sich mit dem Thema Abtreibung vertraut machen, indem Sie sich vorweg diese drei Beiträge von Martin Lohmann ansehen, der die Problematik offen, unaufgeregt und sachgerecht anspricht. Auch die EU-Kommission unter Führung der dt. Politikerin Ursula von der Leyen fordert inzwischen ein "Recht auf Abtreibung", obwohl das überhaupt nicht in ihre Zuständigkeit fällt.

<https://youtu.be/bL292BG8qfE>

<https://youtu.be/ZLH11F7IZko>

<https://youtu.be/OM6z4esBpO8>

Was diese Dame vom ZdK da von sich gibt, hat nichts mehr mit Kirche oder Menschenwürde, geschweige -rechte zu tun. Stattdessen saugt sie sich was aus den Fingern. Es geht um die Tötung eines neuen Menschen, des eigenen Kindes, was mit nichts zu rechtfertigen ist, schon gar nicht mit dem vermeintlichen "Selbstbestimmungsrecht der Frau". Dazu empfehle ich in diesem Zusammenhang auch noch den ganz aktuellen Artikel <https://www.kath.net/news/78969> von kath.net.

Das ist nicht meine Kirche, warum ich mich dagegen wehre, von diesem Verein vertreten zu werden. Unglaublich, was sich diese Dame da leistet, warum ich mich der Forderung nach ihrem Rücktritt anschließe. Kein einziger Cent aus Kirchensteuermitteln darf an diesen politischen Verein mehr fließen, kein einziger!

Klaus Hildebrandt

Gesendet: Dienstag, 19. Juli 2022 um 13:57 Uhr

Von: "Thomas M. Adam"

Betreff: Vorsitzende des ZdK unterstützt Abtreibung, Rücktritt gefordert

BCC + Bischöfe

Sehr geehrte Glaubensgeschwister,
Die Vorsitzende des ZdK (Zentralkomitee der deutschen Katholiken) glaubt mit ihrer Forderung nach mehr flächendeckenden Angeboten von Abtreibungskliniken und –Praxen, die Meinung der deutschen Katholiken zu vertreten.

1. Ist das nicht zutreffend, weil die Vertreter des ZDK und ihre Präsidentin nicht demokratisch gewählt worden sind.
2. Mit Ihrer Meinung steht sie im Widerspruch zur Lehrmeinung der Kirche und zum Papst.

Wir fordern ihren sofortigen Rücktritt, weil sie dem Ansehen der Kirche schadet.

Hier geht es zur Petition:

<https://www.change.org/p/r%C3%BCcktrittsforderung-an-frau-stetter-karp>

Danke für die Unterstützung und Weiterverbreitung.

Gruß

Thomas M. Adam

Solidarität mit Rechtsbrechern bedeutet Entsolidisierung mit der Gesellschaft (Eigener Bericht)

Aus Protest auf der Straße festkleben gefährdet uns alle

Da kleben sich also Aktivisten mit den Handflächen an der Straße fest und blockieren über Stunden den Verkehr. Die Klimaaktivisten protestieren gegen Lebensmittelverschwendung und wollen eine Agrarwende, um Treibhausgasemissionen in der Landwirtschaft zu senken.

Doch statt dieses strafbare Handeln zu verurteilen oder wenigstens dazu zu schweigen, stellt sich die grüne Bezirksbürgermeisterin von Berlin-Kreuzberg, Clara Herrmann, noch hinzu. Sie gibt in einem Video bekannt, dass sie hier „Solidarität“ zeigen wolle. Ein Aufschrei bleibt aus. Dabei zeigt dieses Handeln, wie sehr Herrmann auf diesen Staat pfeift. **Die „Solidarität“ dieser Politikerin ist keine bloße Soli-Geste. Sie gefährdet die Demokratie.**

Dann taucht die Polizei auf, trennt wütende Automobilisten und stoische Aktivistinnen, löst mit Olivenöl und Aceton, Pinsel und Spatel die festgeklebten Hände von der Fahrbahn, notiert Personalien und Anzeigen wegen „gefährlicher Eingriffe in den Straßenverkehr“.

Die Proteste auf der Autobahn erwiesen sich auch schnell als gefährlich, für alle Beteiligten. Die Blockierer zogen Wut auf sich, hatten zuweilen auch Angst, von aggressiven Autofahrern überrollt zu werden. Feuerwehrautos und Krankenwagen steckten fest, Patienten verpaßten Arzttermine.

„**Letzte Generation**“ nennen sich die Blockierer, weil sie glauben, die Letzten zu sein, die den Kollaps des Erdklimas noch verhindern können. Auf der Autobahn kleben sie sich derzeit fest, um ein Gesetz zu erzwingen, das es erlaubt, abgelaufene Lebensmittel weiterzuverwenden. 18 Millionen Tonnen davon endeten in Deutschland jedes Jahr im Abfall. Das sei nicht nur nicht nachhaltig, sondern eine Katastrophe.

Teile der Klimabewegung agieren schon länger zunehmend radikal, z. B. durch Blockieren von Straßen oder Banken. Aktionen auf Autobahnen werden in Deutschland immer häufiger,

manche Aktivisten rufen offen zu Sabotageakten gegen fossile Kraftwerke oder Autofabriken auf. In keinem Bundesland ist das Verständnis für Proteste wie jene auf der A100 größer als im links-grün regierten Berlin. Aber selbst hier lehnen zwei Drittel der Bevölkerung diese ab.

Grüne und Linkspartei nehmen die Aktionen in Schutz: Angesichts des drohenden Klimakollapses seien Autobahnblockaden eigentlich noch „ein mildes Mittel“ des Protests. **Die grüne ostdeutsche Umweltministerin Steffi Lemke verteidigte die Aktionen auf der A100 als legitimen „zivilen Ungehorsam“**, wie er einst auch in der DDR nötig gewesen sei. FDP-Justizminister Marco Buschmann widersprach persönlich: „*Unangemeldete Demonstrationen auf Autobahnen sind und bleiben rechtswidrig.*“ Ziviler Ungehorsam sei im deutschen Recht weder ein Grund der Rechtfertigung noch der Entschuldigung.

Den grünen Landwirtschaftsminister Cem Özdemir nervte vor allem, daß solche Blockaden gemeinsame Ziele gefährdeten: „*Gesellschaftliche Mehrheiten gewinnt man sicher nicht, wenn man Krankenwagen, Polizei oder Erzieherinnen auf dem Weg zur Arbeit blockiert.*“ Zudem habe die Ampel-Koalition bereits vereinbart, daß Lebensmittelspenden erleichtert und die Verschwendung von Lebensmitteln verringert werden sollen.

Nur weil einem der (oft mühselige und unsichere) demokratische Prozeß nicht paßt, greift man einfach mal schnell zum Mittel der Erpressung: Entweder ein Gesetz wird subito in unserem Sinn geändert, oder wir blockieren Euch die Autobahn.

Wenn man diesen Ansatz zu Ende denkt, ist man schnurstracks beim Faustrecht: Wer am glaubwürdigsten die radikalste Form der Gewalt androht, setzt sich gegen alle anderen durch. Aus dem Faustrecht entsteht dann die Diktatur, welche diese Gewaltandrohung institutionalisiert. Kollateralschäden dieses Übergangs von Demokratie zur Diktatur ist dann in der Regel ein umfassender Bürgerkrieg.

Die Gesetze bilden ab, wie die Mehrheit leben will. Ändert sich das, so ändert sich auch das Recht, getreu dem Satz: „Gesetze sind geronnene Moral.“ Das sieht man an Frauenrechten, der Homo-Ehe, dem Abtreibungsrecht oder der Diskussion um Drogenfreigabe.

Bis jetzt ist Konsens, daß auch diejenigen, die gegen ein Gesetz waren, sich daran halten müssen, sobald es in Kraft ist. Ohne diesen Konsens hat die Demokratie keine Geschäftsgrundlage.

Solch rücksichtslose Nötigung löscht jedes Verständnis für die Anliegen der "Aktivisten". Die Personen, die gewählt wurden, um öffentliche Ämter auszuüben, sind mit dem Zeitpunkt ihrer Wahl keine Privatpersonen mehr, denen es freisteht, Partikularinteressen zu vertreten, sondern sie sind dem geltenden Recht verpflichtet. Das gilt für alle, und deshalb ist das Der-eigenen-Basis-Schöntun, das auch andere grüne Politiker gerne praktizieren, so schädlich.

Amtsträger können sich nicht aussuchen, welche Gesetze sie durchsetzen und welche nicht. Wenn sich ein Amtsträger mit Rechtsbrechern solidarisiert, dann sagt er eigentlich: „Ich entsolidarisiere mich gegenüber dem Rest der Gesellschaft, der das ablehnt und entsprechende Gesetze beschlossen hat.“

Die Autonomen haben inzwischen genügend Angst geschürt, so daß sich manche Richter gar nicht trauen, gegen sie zu entscheiden, weil sie dann Randalen und persönliche Attacken

fürchten müssen. Die Verhandlungen um Räumungsklagen sind mit einem massiven Polizeiaufgebot am Gericht verbunden. Die Richter erhalten keinen Personenschutz. Rechtsfreien Räumen begegnen auch die berüchtigten kriminellen Clans, denen es immer wieder gelingt, Zeugen massiv einzuschüchtern und so ungeschoren davonzukommen.

Doch der Bürger, der einen hilflosen Staat erlebt, dem es nicht gelingt, das Recht durchzusetzen, verachtet diesen Staat. Die Durchsetzung des Rechts ohne Ansehen der Person muß von Amtsträgern kategorisch eingefordert werden. Wenn dies nicht geleistet wird, so verliert der Staat sein Volk.

Vielleicht solle man die Aktivisten einfach von der Autobahn lösen und auf einer unbefahrenen oder wenig benutzten Straße wieder ankleben und einen Tag warten lassen. Die Polizei sollte sie einfach kleben lassen und den Verkehr umleiten. Interessant zu sehen, was die Angeklebten unternehmen würden, sollten sie Hunger bekommen oder ein „dringendes Bedürfnis“ verspüren. (Quelle: NZZ)

Die Widerständler vom 20. Juli vor dem Volksgerichtshof

*Von altmod *)*

Im Gedenken an den 20. Juli 1944 muss auch an eine der widerlichsten Institutionen des Dritten Reichs erinnert werden, an den sog. Volksgerichtshof und an seinen Präsidenten Roland Freisler

Der sog. Volksgerichtshof war gewissermaßen eine Erfindung Hitlers. Schon in „Mein Kampf“ war nachzulesen, „*daß einst ein deutscher Nationalgerichtshof etliche der zehntausend der organisierten und damit verantwortlichen Verbrecher des Novemberrats und all dessen, was dazugehört, abzuurteilen und hinzurichten hat.*“ Schon vorher hatte er in einem Prozess angekündigt, dass Köpfe rollen würden, wenn seine Partei erst einmal ihr eigenes Tribunal errichtet habe.

Der Volksgerichtshof wurde 1934 gegründet und fristete erst ein relativ unbedeutendes Dasein, war dann aber mit Kriegsbeginn in die Rolle eines obersten Standgerichts zur Unterdrückung jeder oppositionellen Regung hineingewachsen. Als vielseitiges Mittel diente den dort eingesetzten „Juristen“ dabei der §5 der Kriegssonderstrafrechtsverordnung (»Wehrkraftzersetzung«), der die Todesstrafe für den Fall androhte, dass jemand »öffentlich den Willen des deutschen oder verbündeten Volkes zur wehrhaften Selbstbehauptung zu lähmen oder zu zersetzen sucht«. Diese Verordnung ersetzte in der Kriegszeit nach und nach das sog. **Heimtückegesetz** vom Dezember 1934, das herabsetzende Äußerungen über die Reichsführung unter Strafe stellte, sowie den § 90 f des Strafgesetzbuchs (»Gräueltat«), die jedoch beide nicht die Todesstrafe vorsahen.

Es wurde bald für die Zwecke des Volksgerichtshofs ein ganzer Katalog von Bemerkungen und Umständen erstellt, die als todeswürdig galten. Da hieß es z.B. »*Nicht mehr tragbar und grundsätzlich todeswürdig sind... Äußerungen folgender Art: Der Krieg sei verloren; Deutschland oder der Führer hätte den Krieg sinnlos oder frivol vom Zaun gebrochen; Mundpropaganda und Feldpostbriefe mir der Aufforderung, die Gewehre wegzuzwerfen und umzudrehen...*“ Und etliches mehr.

Seine größte Bedeutung gewann der Volksgerichtshof schließlich bei der „justiziellen

Aufarbeitung“ des Attentats vom 20. Juli 1944.

Die von Oberst Graf Stauffenberg unter dem Kartentisch in der Wolfsschanze platzierte Bombe war zwar explodiert, verfehlte jedoch Hitler, und dieser überlebte. Stauffenberg und drei weitere Offiziere wurden noch am Abend des 20. Juli »standrechtlich« erschossen, wie es hieß. Gleichzeitig erfolgte eine ausgedehnte Verhaftungswelle mit Inhaftierungen, Folterungen, Stand- und Schauprozessen mit zahlreichen Hinrichtungen. Verwandte und Freunde der Beschuldigten wurden in »Sippenhaft« genommen und in Konzentrationslager eingeliefert.

Hitler selbst ordnete - als »oberster Gerichtsherr« - die Art des Verfahrens gegen die Attentäter an: »Diesmal werde ich kurzen Prozeß machen. Diese Verbrecher sollen nicht vor ein Kriegsgericht, sie kommen vor den Volksgerichtshof. Sie dürfen gar nicht zu Wort kommen, und innerhalb von zwei Stunden nach der Verkündung des Urteils muß es sofort vollstreckt werden. Die müssen sofort hängen, ohne jedes Erbarmen.«

Nach der Rechtslage war der Volksgerichtshof für eine Rebellion oder Strafverhalten von Offizieren gar nicht zuständig. Das Militärstrafgesetzbuch schrieb vor, dass auch »strafbare Handlungen von Wehrmattsangehörigen, die keine militärischen Verbrechen oder Vergehen« waren, von Militärgerichten abgeurteilt werden mussten. Es wurde umgehend ein »Ehrenhof« der Wehrmacht unter dem Vorsitz des Generalfeldmarschalls von Rundstedt gegründet, der die Attentäter aus der Wehrmacht ausstieß und so den Weg zum Volksgerichtshof frei machte. Eigentlich eine formale Belanglosigkeit für herrschenden Geist.

Im ersten Verfahren gegen die Männer des 20. Juli, das im August 1944 stattfand, wurden die Generäle von Witzleben, Hoepner, Stieff und von Hase sowie die jüngeren Offiziere von Hagen, Klausning, Bernardis und Graf Yorck von Wartenburg angeklagt. Letztere waren mit Stauffenberg befreundet und hatten eng mit ihm zusammengearbeitet. Vor dem Prozess waren die Angeklagten von der Gestapo misshandelt worden, und man sorgte dafür, dass die Angeklagten ein besonders armseliges Erscheinungsbild boten. Unterernährt, schlecht gekleidet und unrasiert wurden sie vor den „Richtertisch“ geführt. Man hatte ihnen Gürtel und Hosenträger abgenommen und so war beispielsweise Feldmarschall von Witzleben bei seiner Vernehmung ständig genötigt, seine zu weiten Hosen festzuhalten. Roland Freisler fuhr ihn an: »Sie schmutziger alter Mann, was haben Sie immer an ihren Hosen herumzufummeln?«

„Als Vorsitzender der Verhandlungen degradierte Freister alle anderen Prozessbeteiligten, die Angeklagten, die ihnen zudiktierten Verteidiger, die Staatsanwälte - und auch seine Beisitzer - zu Statisten. Er kanzelte die angeklagten Widerstandskämpfer ab, beschimpfte sie und versuchte, sie in primitivster Weise lächerlich zu machen. Den wegen seiner Mitgliedschaft im Kreisauer Kreis angeklagten Pfarrer Delp etwa schrie er an: »Sie Jämmerling, sie pfäffisches Würstchen - und so etwas erdreistet sich, unserem geliebten Führer ans Leben zu wollen... eine Ratte - austreten, zertreten sollte man sowas.« beschreibt es Ingo Müller in seinem Buch „Furchtbare Juristen“.

Das Tribunal gegen die Männer des 20. Juli 1944 wurde mit einigen versteckt im Gerichtssaal angebrachten Kameras gefilmt, denn man wollte das Filmmaterial zu Propagandazwecken nutzen. Es erwies sich jedoch - gar in den Augen von Goebbels - als ungeeignet und wurde zur »Geheimen Reichssache« erklärt. Die Aufnahmen wurden auf dessen Geheiß vernichtet, eine Kopie blieb jedoch erhalten.

Aus dieser Kopie erstellte der Regisseur Jochen Bauer 1979 die Dokumentation „**Geheime**

Reichssache - Die Angeklagten des 20. Juli vor dem Volksgerichtshof

Dieses erschütternde „Dokument einer Justiz bar jeder Rechtlichkeit“ kann auf Youtube aufgerufen und angesehen werden, jedoch mit Altersvorbehalt:

<https://youtu.be/Hli83N1xt2c?t=467>

Bezug zur Gegenwart? - Heimtücke und Gräuel in der Bundesrepublik?

Es gibt im Rechtssystem der Bundesrepublik und seiner hochgelobten „Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung“ (FDGO) zwar kein „Heimtückegesetz“ mehr oder einen Paragraphen gegen dezidierte „Gräuelhetze“. Nichts ist eigentlich mit dem damaligen Fanatismus und Totalitarismus in der Justiz und bei der Staatsführung zu vergleichen. Was die oben erwähnte Dokumentation an Perversität aufzeigt, hat gewiss keine Analogie im Heute. Doch jüngste Entwicklungen müssen inzwischen nachdenklich machen. Wenn schon nicht Gleiches, so ist doch bald Ähnliches zu beobachten.

Eine linksradikale Innenministerin, welche über die Oberhoheit über Verfassungsschutz und die Justiz besitzt, hat mit der Neueinführung des „**Phänomenbereich Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates**“ fast Sinngemäßes etabliert. Zumindest rhetorisch wird schon vorgesorgt.

Faeser:

*„Es besteht die Gefahr, dass diejenigen, die schon in der Coronazeit ihre Verachtung gegen die Demokratie herausgebrüllt haben und dabei oftmals Seite an Seite mit Rechtsextremisten unterwegs waren, die stark steigenden Preise als neues Mobilisierungsthema zu missbrauchen versuchen.“ Populisten und Extremisten nutzen jede Krise für Angst und Spaltung, aber auch für **Hass und Bedrohungen**. Die Sicherheitsbehörden hätten die extremistischen Szenen aber sehr genau im Blick. „Wir sind vorbereitet, auch auf mögliche neue Protestgeschehen“, sagte die Ministerin.*

Auch eine Mahnung aus den Ereignissen um den 20. Juli 1944 – auch auf die Gefahr einer unstatthaften „Relativierung“ hin:

Wehret den Anfängen!

Oder mit B. Brecht:

**„Der Schoß ist fruchtbar noch,
aus dem das kroch!“**

(Original: <https://altmod.de/2022/05/furchtbare-juristen/6320/>), 20. Juli 2022

BRICS-Staaten: Ein Angebot für Investoren

*Von Dieter Farwick, BrigGen a.D. und Publizist *)*

Die Vereinigung der BRICS-Staaten war keine Erfindung von Politikern oder Militärs dieser Staaten, sondern von dem Banker O'Neill, dem Chefvolkswirt der Großbank Goldman Sachs, der Investoren im Jahre 2001 auf die aufstrebenden Staaten Brasilien, Russland, Indien und China – später noch Südafrika – und auf deren Aufstiegspotential

aufmerksam machen wollte. Sie wiesen Zuwachsraten von 5-10 % auf, was Investoren einen Zugewinn brachte.

Diese lockere Vereinigung hatte einen ordentlichen Start. Ihr ging es um Direktinvestitionen in ihren Ländern, die deren Fortschritt verbessern sollten, was auch geschah. Die BRICS-Staaten werden autoritär geführt – einige bereits über einen langen Zeitraum. Autoritär geführte Staaten haben mittlerweile die „westlichen Demokratien“ mit deutlicher Mehrheit überflügelt.

Die Staaten sind sehr ungleiche Partner. China und Indien sind die Mächtigsten mit ihrer Bevölkerung von über einer Milliarde Menschen, während das kleine Südafrika das Schlusslicht bildet – auch in wirtschaftlicher, finanzieller und militärischer Stärke. Geographisch sind sie weit über den Globus verteilt. Nur Indien und China sowie China und Russland sind unmittelbare Nachbarn. Die einzelnen Religionen spielen eine große Rolle. Das gilt insbesondere für das hinduistische Indien unter dem strengen Hindu Modi.

Die fünf Partner rutschten in den letzten Jahren in die beginnende weltweite Finanzkrise. Es war Indien, das die Vereinigung wieder in das Bewusstsein der Weltöffentlichkeit rief. Zur Finanzkrise kamen bald die Corona-Pandemie sowie der Krieg zwischen Russland und Ukraine. China entschloss sich für eine rigide Abschottungspolitik „Zero Covid 19“ – schon bei dem Ausbruch einer geringen Zahl von Infektionen gab es Ausgangssperren großen Ausmaßes; allein im Raum Shanghai gab es deutlich über 20 Milliarden Menschen in „Hausarrest“ oder Quarantäne. Reisen in benachbarte Teile Chinas und ins ferne Ausland waren verboten. Der Welthandel kam zum Erliegen.

Für ein exportorientiertes Land wie China ist ein solcher Einbruch dramatisch. Vor dem Hafen von Shanghai bildete sich ein kilometerlanger Stau von Frachtschiffen, die ihre Fracht wochenlang nicht entladen konnten. Unternehmen mussten schließen und ihre Arbeiter entlassen, die die Zeit nutzten, ihre Familien auf dem Lande aufzusuchen. Lieferketten wurden unterbrochen, was der Bevölkerung und auch der Wirtschaft schadete. Die Auswirkungen dieser Misere machten sich bis Lateinamerika und nach Europa bemerkbar. Die gesamte Weltwirtschaft litt unter dem globalen Chaos.

Die Unternehmen in China mussten auf die Rückkehr ihrer Mitarbeiter warten, um die Arbeit wieder aufzunehmen. Auf Knopfdruck war und ist das nicht möglich. Für das Einhalten der rigiden Abschottungspolitik wurde der „Kaiser von China“, Xi Jinping, vorsichtig in China und im Ausland kritisiert. Er hat den Kurs nicht geändert. Nachwirkungen werden die gesamte Welt noch lange belasten.

Nachwirkungen für die Bevölkerung und die Wirtschaft

In einigen Regierungen sind unterschiedlich gravierende sog. „Übersterblichkeiten“ zu verzeichnen. Verluste und krankheitsbedingte Ausfälle behindern den „Restart“ eines „normalen Alltags.“ Die meisten Menschen in den hauptsächlich betroffenen Staaten haben einen großen Teil ihres Vertrauens in Staaten verloren, die nach fehlenden Vorsorgemaßnahmen besonders stark getroffen waren.

Der Sonderfall BRICS

In westlichen Ländern war die Verwunderung groß über das Verhalten Indiens. Es galt als guter Verbündeter der Vereinigten Staaten. Die USA haben Indien vor Jahren geholfen, in der labilen Nachbarschaft den Status einer Nuklearmacht zu erlangen. Man muss zu den Anfängen von BRICS zurückkehren. Nach ihrer Vereinigung war es das größte Ziel der

Mitgliedstaaten, die Dominanz des amerikanischen Dollars zu brechen, was bis heute nicht gelungen ist. Im Westen wurden nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine von den meisten Regierungen sofortige und unbegrenzte Hilfs- und Boykottmaßnahmen gefordert und geleistet. Es wurden Pakete mit Sanktionen gegen den Kriegsverursacher Russland geschnürt.

Viele Staaten der Welt haben diese Sanktionen mit Finanzen und Gerät geleistet - an der Spitze die Vereinigten Staaten. In Deutschland und im westlichen Ausland wurde die Zurückhaltung besonders des deutschen Bundeskanzlers mit Verwunderung verfolgt. Es wurde vieles versprochen, aber nur ein Teil wurde zeitnah geliefert. Die NATO-Mitgliedsstaaten haben die russische Außengrenze als „Rote Linie“ beachtet und beschlossen, die NATO als Bündnis nicht in den Krieg zu verwickeln. Das ist bislang gelungen.

Putin hat der NATO zwei neue, starke Mitgliedstaaten „zugeführt“ - nämlich Schweden und Finnland, die die Nordflanke der NATO verstärken. Was ist mit Indien? Indien ist ein starker Staat in Asien. Indien und seine Partner haben die Sanktionen der USA und Europas nicht unterstützt. Man darf nicht vergessen und auch nicht unterschätzen, dass Indien und Russland gemeinsame BRICS-Staaten sind.

Die USA haben in Asien eine neue Eindämmungspolitik gegenüber China gestartet, um dessen Expansionsgelüste zu stoppen. China hat mit langen „Fangarmen“ der „Road and Belt-Strategie“ seinen Einfluss bis nach Europa etabliert. Duisburg in Deutschland und der Hafen von Piräus in Griechenland sind Umschlagorte, von denen chinesische Produkte in Europa weiter transportiert werden.

Die amerikanische Regierung muss durch eine kluge Politik verhindern, dass sich Indien zu sehr China nähert. Dazu gehört eine vorausschauende Politik und eine geschickte Strategie. Das war in der Vergangenheit die besondere Stärke der Vereinigten Staaten. Zum Vorteil ist für die USA und ihre Verbündeten die Tatsache, dass Indien und China nicht die „besten Freunde“ sind. Russland ist enttäuscht, dass sich China in der Unterstützung Russlands stark zurückgehalten hat. China sieht in Russland einen Juniorpartner, für den man kein besonderes Risiko eingeht.

Die Entwicklung der BRICS-Staaten sollte im Westen besser beobachtet werden, da diese Entwicklung Auswirkungen auch auf Europa hat.

*) **Brig.General a.D. Dieter Farwick** wurde am 17. Juni 1940 in Schopfheim, Baden-Württemberg, geboren. Nach dem Abitur wurde er im Jahre 1961 als Wehrpflichtiger in die Bundeswehr eingezogen. Nach einer Verpflichtung auf Zeit wurde er Berufssoldat des deutschen Heeres in der Panzergrenadiertruppe.

Vom Gruppenführer durchlief er alle Führungspositionen bis zum Führer einer Panzerdivision. In dieser Zeit nahm er an der Generalstabsausbildung an der Führungsakademie in Hamburg teil. National hatte er Verwendungen in Stäben und als Chef des damaligen Amtes für Militärisches Nachrichtenwesen.

Im Planungsstab des Verteidigungsministers Dr. Manfred Wörner war er vier Jahre an der Schnittstelle Politik-Militär tätig und unter anderem an der Erarbeitung von zwei Weißbüchern beteiligt. Internationale Erfahrungen sammelte Dieter Farwick als Teilnehmer an dem einjährigen Lehrgang am Royal Defense College in London.

In den 90er Jahren war er über vier Jahre als Operationschef im damaligen NATO-Hauptquartier Europa-Mitte eingesetzt. Er war maßgeblich an der Weiterentwicklung des NATO-Programmes 'Partnership for Peace' beteiligt. Seinen Ruhestand erreichte Dieter Farwick im Dienstgrad eines Brigadegenerals. Während seiner aktiven Dienstzeit und später hat er mehrere Bücher und zahlreiche Publikationen über Fragen der Sicherheitspolitik und der Streitkräfte veröffentlicht.

Nach seiner Pensionierung war er zehn Jahre lang Chefredakteur des Newsservice worldsecurity.com, der sicherheitsrelevante Themen global abdeckt.

Dieter Farwick ist Beisitzer im Präsidium des Studienzentrum Weikersheim und führt dort eine jährliche Sicherheitspolitische Tagung durch.

Seit seiner Pensionierung arbeitet er als Publizist.

POLITSPLITTER

Gendersprache

Schummeln schadet der Sache *)

Befürworter des Sprachgenderns zitieren häufig linguistische, eher psycholinguistische Studien, die uns Laien anscheinend schlagkräftig beweisen, dass das generische Maskulinum die Gerechtigkeit unter den Geschlechtern verhindert. Dass da nicht auf Taten, sondern auf Sprachkosmetik gezielt wird, ist für alle, nicht nur für Sprachfreunde, ärgerlich genug.

Uns Laien plagt indes schon lange der Verdacht, dass bei der Beweisführung geschummelt werde. Offenbar ist es durchweg eine scheinbare, nicht eine anscheinende Beweisführung. Tatsächlich handelt es sich bei der gesamten Forschung zum Gendern um eine Handvoll Untersuchungen, die aber so häufig zitiert werden, dass man schon deshalb glauben könnte, da müsse was dran sein. Wir kennen Beweise aus der Mathematik, der Logik, dem Rechtswesen. Sie sind das positive Ergebnis eines auf die Feststellung von Tatsachen gerichteten Beweisverfahrens.

Schummeln gilt nicht, und sei es noch so beliebt. Wir Laien genießen nicht die Zeit und Muße, die Studien selber zu prüfen und zu erfahren, wie die Ergebnisse und ihre Folgerungen zustande kamen. Deshalb ist der heute vorgestellte Beitrag aus der Berliner Zeitung (*Die Tests führen in die Irre* – Wortlaut des Artikels siehe unten) so willkommen.

Da hat sich Tobias Kurfer die Mühe gemacht, genauer hinzuschauen, und was er entdeckt, ist die Mühe des Lesens eines langen Artikels wert. Schadenfreude wäre unangebracht. Wem soll es nützen, wenn die Geschlechtergerechtigkeit aus der Debatte gekegelt wird, weil Trickser ähnliche Methoden verwenden wie die notorischen, weltbekannten Lügner, die mehr an Verwirrung als an einem wahrhaftigen Umgang mit Problemen interessiert sind?

Ausgerechnet über Sprachmanipulation zu Ergebnissen zu gelangen, ist schon fragwürdig genug, aber auf der Grundlage von „Beweisen“ aus völlig unbrauchbaren Studien zu argumentieren, wird noch dazu führen, dass das Thema ignoriert wird: ausgelutscht, fertig. Merke: Schummeln schadet der Sache – und der Sprache! (Oliver Baer, Kommentar des VDS).

Hier der Artikel:

Die Tests führen in die Irre *)

Befürworter des Genderns verweisen gern auf psychologische Studien, die beweisen sollen, dass die generische Standardform (Bürger) Personen männlichen Geschlechts gedanklich überrepräsentiert. Ein Artikel in der Berliner Zeitung nimmt sich diese Studien genauer vor und kommt zu dem Ergebnis: Die deutsche Sprache diskriminiert Frauen nicht. Der Verfasser Tobias Kurfer stellt nicht nur grundsätzlich in Frage, dass Sprecher bei jeder Personenbezeichnung auch irgendwelche Bilder von Personen im Kopf haben. Für solche Effekte gebe es überhaupt keine wissenschaftlichen Belege. „Unsere inneren Bilder sind oftmals ziemlich vage“, so Kurfer. Beispiel: „Berlin hat 3,6 Millionen Einwohner.“

Kurfers Beitrag fasst die wissenschaftlichen Aussagen zu dem Thema in übersichtlicher Form zusammen. Er nimmt sich die einzelnen Studien vor und kann darin schwerwiegende Mängel nicht-wissenschaftlicher Arbeit nachweisen. „Mit anderen Worten: Die Tests führen in die Irre.“ Denn die Studien untersuchen Wörter nur in einem spezifischen Kontext, sind meist nicht einmal repräsentativ, und oft sind die scheinbaren Beweise in Zahlen winzig, nicht der

Nennung wert, und für die Verallgemeinerung unbrauchbar, weil nicht gegen den in Statistiken zu berücksichtigenden Zufall gesichert.

Kufer schließt seinen Beitrag mit der Vernichtung eines Mythos um die Wörter Lehrer, Apotheker und Ärzte: „Dass sich Frauen nicht davon abhalten lassen, einen Berufsweg einzuschlagen, weil generische Maskulina im allgemeinen Sprachgebrauch und in den Medien gängig sind, zeigen indes die wirklich belastbaren Daten.

Von der Grundschule bis zum Gymnasium dominieren Frauen in allen Schulformen mit insgesamt 73,4 Prozent den Lehrerberuf. Etwa 70 Prozent der Medizinstudenten sind weiblich, 72 Prozent der Apotheker in Deutschland sind Frauen und ebenso die Mehrheit der jungen Anwälte bei ihrer Erstzulassung.“ (berliner-zeitung.de)

Freie Wähler verzichten aufs Gendern *)

Die *Freien Wähler* haben sich auf ihrem Bundesparteitag in Geiselwind gegen das Gendern ausgesprochen. Der Antrag wurde mit einer breiten Zustimmung von 73,75 % gebilligt (Anm.: Das entspricht durchschnittlich dem Wert, der bei regelmäßigen Umfragen zum Gendern für Ablehnung erreicht wird).

„Wir stellen fest, dass die Freien Wähler sehr genau in ihren Reihen die Bevölkerung widerspiegeln. Damit haben wir den Bürgerwillen in diesem Punkt innerhalb der Partei umgesetzt. Demokratie beruht auf Mehrheiten, auch wenn diese weniger laut sind als ideologiebeladene Minderheiten mit einem fehlgeleiteten Sendungsbewusstsein. Dies sollte auch für andere außerhalb der Partei ein deutliches Zeichen sein“, sagte der rheinland-pfälzische Landesvorsitzende Stephan Wefelscheid. (fwrlp.de, twitter.com)

„Ist mir egal“ *)

Immer wieder führen Medienanstalten Umfragen durch, um die Beliebtheit der Gendersprache herauszufinden. Die telefonische Umfrage der Oberpfalz-Medien, die an rund 1.000 Mediennutzern durchgeführt wurde, stellte heraus, dass Genderbefürworter weiterhin eine deutliche Minderheit von 14 Prozent darstellen. Die Befragung bezog sich auf Verwendung von Gendersprache in den oberpfälzer Tageszeitungen *Der neue Tag*, *Amberger Zeitung* und *Sulzbach-Rosenberger Zeitung*.

Den größten Teil machten jedoch nicht die Gegner des Genders aus, sondern die Menschen, denen es egal sei. Rund 37,5 Prozent stimmten mit „ist mir egal“ ab. Die meiste Zustimmung (28 Prozent) unter den Befragten fand die sogenannte Paarform, beispielsweise „Leserinnen und Leser“. (onetz.de)

der oder die die der oder dem *)

Verwaltungstexte waren noch nie bürgerfreundlich abgefasst. Michaela Blaha hat vor 14 Jahren die Agentur *Idema* gegründet, mit der sie Texte von Behörden und Unternehmen lesefreundlicher macht. Das Gendern stört ihre Arbeit sehr, sagt sie in einem Interview mit der *Westdeutschen Allgemeinen (WAZ)*.

Die Forderung nach einer geschlechtergerechten Sprache hält sie für nachvollziehbar, in der Praxis stößt Gendern an Grenzen: „Aber ich finde das Binnen-I im textlichen Alltag nicht praktikabel. Es ist weiter ungewohnt, stört den Lesefluss, und viele Leute regen sich darüber

auf. Für mich spricht auch gegen Gender-Schreibweisen, dass das männliche Geschlecht dabei grammatikalisch oft unterschlagen wird. Zum Beispiel ‚den Lehrer*innen‘. Die männliche Form ‚den Lehrern‘ ist darin nicht mehr repräsentiert.“ Auch die Doppelnennung sei keine brauchbare Lösung, da sie die Texte unnötig verlängert. Der Inhalt könne nicht mehr angemessen dargebracht werden, außerdem würden bei den Lesern oft ablehnende Reaktionen geweckt. Verständlichkeit gehe vor, da sie allen Menschen helfe, so Blaha. „Man kann sich mit Gendersprache offenbar wunderbar profilieren. Und es gibt auch Gelder für Studien und Leitfäden zu Genderfragen, etwa nach dem Gleichbehandlungsgesetz.“

Die sprachliche Gleichberechtigung sei ein wichtiges Thema, aber in der Durchführung oft sinnlos: „Statt Fußgänger heißt es dort nun ‚zu Fuß Gehende‘, aus ‚Rollstuhlfahrern‘ werden ‚Fahrende von Rollstühlen‘, was fast schon nach Hochadel klingt. Das ist aber nichts, was jemand sagen würde.“ **Speziell bei der Amtssprache sei Gendern ein Rückschritt:**

So stehe in der Bauordnung NRW ein Passus, der die Absurdität besonders verdeutliche: „Treten bei einem Bauvorhaben mehrere Personen als Bauherrin oder als Bauherr auf, so kann die Bauaufsichtsbehörde verlangen, dass ihr gegenüber eine Vertreterin oder ein Vertreter bestellt wird, der oder die die der Bauherrin oder dem Bauherrn nach den öffentlich-rechtlichen Vorschriften obliegenden Verpflichtungen zu erfüllen hat.“ Stumpf umgesetzt, so wie hier, bringe es die gesellschaftliche Wahrnehmung nicht weiter, wenn man sich vom Text mit Grausen abwendet, so Blaha. Ein Text dürfe dem allgemeinen Sprachempfinden nicht zuwiderlaufen. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Fall einer Sparkassen-Kundin sei „ein gutes Beispiel dafür, dass es an manchen Stellen okay ist, nicht zu gendern.“ (waz.de (Bezahlschranke))

Schüler lehnen das Gendern ab *)

Eine Sendung des *Bayerischen Rundfunks (BR)* vom 31. Mai sorgt momentan im Netz für Aufsehen. Einzelne Ausschnitte der Sendung „Diversity-Talk 2022: Gendern – Modeerscheinung oder Sprach(r)evolution?“ kursieren momentan auf Twitter und ernten Spott. Neben den Podiumsgästen sollten nämlich auch Schulklassen darüber abstimmen, ob sie das Verwenden der Gendersprache befürworten.

Nach der 40-minütigen Diskussion mit den Studiogästen Julia Fritzsche, freie Journalistin für den *BR*, Markus Huber, Pressesprecher des *BR*, Fabia Klein, stellvertretende Landesschülersprecherin, Moritz Meusel, ehemaliger Landesschülersprecher, und der Sängerin Seda Yagci wurden die anwesenden Schulklassen per Online-Abstimmung gebeten, sich zum Gendern zu positionieren. Eine deutliche Mehrheit wählte Option 1 „Gendern finde ich weiterhin unnötig“. Die Option „Gendern finde ich ab jetzt klasse!“ landete sogar auf dem letzten Platz. (bild.de)

Gendern in DAX-Unternehmen *)

Rund zwei Drittel der befragten DAX-Unternehmen haben sich einen Gender-Leitfaden gegeben. Das ist das Ergebnis einer Umfrage der Wirtschaftswoche. Die meisten gelten jedoch unverbindlich, nur in jedem vierten ist die vermeintlich gendergerechte Sprache vorgeschrieben. Einige der Konzerne unterscheiden jedoch zwischen interner und externer Kommunikation. Bayer zum Beispiel verzichtet in der Außendarstellung auf solche Formulierungen, „weil wir wissen, dass deren Zielgruppen genderte Formulierungen nicht schätzen“, so schreibt das Unternehmen.

Bemerkenswert ist daher, dass zwar die Wünsche der Kunden respektiert werden, intern jedoch die Mitarbeiter nicht in den Genuss dieser Wahl kommen. Die meisten Unternehmen nutzen die Doppelnennung („Kundinnen und Kunden“), Genderzeichen werden eher skeptisch gesehen, nur wenige Unternehmen nutzen Sternchen oder Doppelpunkte. (wiwo.de)

„Gendern? – Nein danke“ im IfB-Verlag *)

Im IfB-Verlag Deutsche Sprache Paderborn erscheint jetzt das **Buch „Gendern? – Nein Danke“** von Max Haberich. *„Der Sinn des Buches ist es, den Leser über die Gender-Ideologie zu informieren, und zwar unterhaltsam“*. sagt der Autor im Interview mit der Verlagsleiterin Daniela Worm. *„Begriffe wie ‚sensibel‘ und ‚gerecht‘ schwirren durch den Raum, die ich in diesem Zusammenhang für irreführend halte“*, so Haberich.

In dem Buch geht es zunächst um die Wurzeln der Gender-Ideologie im Marxismus und im postmodernen Denken, dann folgen Interviews mit Dozenten und Studenten zum Gendern im Hochschulalltag und schließlich legt der Verfasser Gegenargumente aus der Psychologie und den Naturwissenschaften vor. Haberich (Jahrgang 1984) studierte Geschichte, Kunstgeschichte und Neuere Deutsche Literatur in York, Aix-en-Provence und Tübingen. Er promovierte über die deutsch-jüdische Identität von Arthur Schnitzler und Jakob Wassermann 2013 an der Universität Cambridge. Seit 2014 lebt Haberich als Literaturwissenschaftler, Autor und Übersetzer in Wien, wo er den Autorenkreis *Jung Wien '14* ins Leben gerufen hat. (ifb-verlag.de)

Ertrinkende Schwimmende *)

Die WDR-Sendung „Quarks“ ist bekannt dafür, komplizierte Dinge einfach darzustellen und Hintergründe zu beleuchten. Auf Twitter hat sie jetzt mit einer besonders unglücklichen Art des Genderns für Lacher gesorgt. *„Jedes Jahr ertrinken Schwimmende in Flüssen, weil es einfach super gefährlich ist. Leute, lasst es einfach!“* steht in einem Tweet, dazu gesellt sich ein kurzes Filmchen.

Dass das substantivierte Partizip „Schwimmende“ zeitlich gesehen nicht zum Ertrinken passt, fiel zahlreichen Twitter-Nutzern sofort auf – denn wer schwimmt, ertrinkt gerade nicht; während ein Ertrinkender nicht mehr schwimmt. So war die Häme groß: „Kinder, die noch nicht schwimmen können, heißen bei @quarkswdr Nichtschwimmende?“ fragte @Hallaschka_HH. „Sagt einfach ‚Schwimmer‘. ‚Die am Samstag ertrunkenen Schwimmenden wurden heute beerdigt‘ hört sich ein wenig dämlich an, oder?“ gab @markrudolph2701 zu bedenken. Und @AssiSpumante warf ein: „Schiffende sehen Schwimmende kaum. Gut dass es Rettende gibt! Nehmt euch ein Beispiel an @QuarkDDR“.

Die Twitter-Satireadresse @QuarkDDR, die erst im Juli erstellt worden ist, hat bereits knapp 25.000 Anhänger (followers), sie hat gleich nach Veröffentlichung ihres Fast-Namensvetters eine eigene Infokachel hochgeladen, auf der sie vor den größten Gefahren in Flussnähe warnt: Angelsachsen, Wassermonsternde und Meerjungpersonen.

(twitter.com/quarkswdr, twitter.com/QuarkDDR)

Gendern im Radio *)

Wie das Gendern im Radio und Fernsehen gelingen kann, wurde auf einem Forum der Lokalrundfunktage in Nürnberg diskutiert. Die Veranstaltung wurde organisiert vom Evangelischen Presseverband für Bayern e. V. und dem Evangelischen Medienverband.

Journalistin Christine Olderdissen erklärt eine präzise und wertschätzende Ausdrucksweise gegenüber allen geschlechtlichen Identitäten zum Teil der Berufsethik. Journalisten hätten eine Sorgfalts- und Wahrheitspflicht, um Diskriminierungen zu vermeiden. Dazu führte sie konkrete Beispiele an. Anstelle von „Sehr geehrte Damen und Herren“ könne man „Schön, dass Sie da sind“ sagen. Kreativität sei nun mehr gefragt als alte Floskeln. Zwar zeige das Gendern die Vielfalt der Sprache und somit auch der Gesellschaft, aber es sollte je nach Zielgruppe und Situation mit Bedacht verwendet werden.

Beispielsweise solle im Verkehrsfunk, um die Zuhörer in Alarmbereitschaft zu versetzen, weiterhin vor einem „Falschfahrer“ anstatt einem „falsch fahrenden Auto“ gewarnt werden. (sonntagsblatt.de)

Kiels peinliches Gedenken

Anlässlich des internationalen Gedenktags für Drogentote zwitscherte die Landeshauptstadt Kiel auf *Twitter* einen Hinweis auf eine geplante Gedenkveranstaltung. Jedoch leistete sich der Verfasser im zuständigen Team einen Fehltritt. Aus dem Gedenktag für Drogentote wurde der „internationale Gedenktag für verstorbene Drogengebraucher*innen“. Und weiter hieß es: „In Gedenken an die verstorbenen Drogengebrauchenden“. Mehrere Nutzer, unter anderem der VDS, empfanden den Einsatz der Gendersprache an dieser Stelle unpassend. Nutzer [@Carrot1Couch](#) kommentiert „Drogengebrauchende? Das verharmlost einfach mal maßlos.“ Das tragische Schicksal der Opfer werde durch den Einsatz der Gendersprache nicht deutlich genannt und heruntergespielt. Nutzer [@ChronoKoala](#) fragt berechtigterweise „Müsste es nicht Drogengebrauchthabende heißen?“ ([twitter.com](#))

Gebärende Personen *)

Laut Empfehlung der Nationalen Ethikkommission der Schweiz soll das Wort „Mutter“ aus Gesetzestexten gestrichen und durch die Formulierung „Person, die das Kind geboren hat“ ersetzt werden, schreibt Birgit Schmid in der Neuen Zürcher Zeitung. Sie verweist auf die nordamerikanische Herkunft dieser Sprachbemühungen, wo aus Frauen „gebärende Personen“ oder „Körper mit Vagina“ werden.

Im Englischen reduziert sich das Sprachgendern zumeist auf den Ersatz von Wörtern. Da ist die Rede von ‚birthing people‘ und ‚pregnant people‘. Trans-Aktivistinnen sprechen von ‚bodies with vaginas‘, Akademikerinnen ersetzen ‚breastfeeding‘ durch ‚chestfeeding‘. Stutzig macht die Unterscheidung von breast und chest. Da kann mit chestfeeding nur das Stillen mit dem Brustkorb (nicht mit Brüsten) gemeint sein, das besitzt den Vorteil der Geschlechtsneutralität.

Mit dieser „sterilen und letztlich entmenschlichenden Sprache“ werden Frauen „in Körperteile und Organe zerlegt und darauf reduziert,“ sagt Schmid. Oder sie kommen einfach gar nicht mehr vor, und das nennt sie frauenfeindlich. Aufregen muss man sich darüber nicht. Gibt es keine Mütter mehr, stirbt auch das Sprachgendern. Ganz von alleine. ([nzz.ch](#))

Frauen im Widerstand zur Gendersprache *)

Von wegen „Frauen finden Gendern gut“. Eine gewagte Verallgemeinerung, wenn ernst zu nehmende Meinungsumfragen dafür keine Mehrheit ergeben. Um sich endlich Gehör bei der Politik zu verschaffen, haben nun ausschließlich Frauen eine Petition auf der

Plattform *openpetition.de* ins Leben gerufen. Gendern sei nicht nur unökonomisch und sprachlich falsch, vor allem behindere es ein Miteinander: „Statt Gleichheit und mehr Gerechtigkeit zu erreichen, reißt es Gräben zwischen den Geschlechtern, grenzt Menschen nach gruppenbezogenen Merkmalen aus und benachteiligt Menschen (...) und ist ein Integrationshindernis für Zuwanderer.“ Den Aufruf ins Leben gerufen haben u. a. die Schauspielerin Gabriele Gysi, die Literaturwissenschaftlerin Elvira Grözinger und die Islamwissenschaftlerin Nasrin Amirsedghi. ([openpetition.de](https://www.openpetition.de))

Von wegen freiwillig *)

Auf Twitter hat der Nutzer @stefanolix in einem längeren Beitrag von einem persönlichen Erlebnis zum Thema „Gendern“ erzählt. Auf einer Familienfeier hat er mit einem jüngeren Verwandten gesprochen, der aktuell auf Lehramt studiert. Eine Richtlinie zum Gendern gebe es an seiner Uni nicht. Dennoch: Einige der Lehrkräfte im Grundlagenstudium kämen aus universitären Einrichtungen für Gender, Gleichstellung, Integration und so weiter:

„Diese Lehrkräfte setzen inoffiziell Standards, die den Studierenden bekannt sind: Deutliche Abwertung des Inhalts bei Verweigerung des Gendersterns. Nachdem sich einige eine blutige Nase geholt haben, machen alle brav mit, weil die Noten ja über die spätere Karriere entscheiden.“

So lehnen es also viele ab, ballen aber die Faust in der Tasche und machen mit, denn Einspruchsmöglichkeiten gebe es nicht. **Ausnahme sei der Unterricht in Deutsch. „Dort werde noch auf die klassische Rechtschreibung und Grammatik geachtet.“**

Die Umstehenden der Familienfeier fühlten sich an die DDR erinnert: *„Damals hatte der Marxismus/Leninismus offiziell auch keine Funktion, aber seine Protagonisten waren überall gefürchtet und konnten einem schaden.“*

In eine ähnliche Kerbe schlägt ein Beitrag des Nutzers @jxn_simp: Er macht gerade sein Abitur und hält gemeinsam mit einer Freundin die Abi-Rede. Diese mußten sie sich von der Schule genehmigen lassen. Der Lehrer war überrascht, als sowohl die junge Frau für sich selbst, aber auch beide Abiturienten sagten, dem Jahrgang bereite die ungedenderte Rede keine Probleme – man habe vorher ausdrücklich herumgefragt. Dennoch bestand die Schule auf einem gegenderten Text.

Der Nutzer war deutlich genervt: *„I mean grundsätzlich wäre uns das mit dem gendern egal gewesen, fuckt halt ab, dass die Schule so tut, als wären wir frei darin die Rede zu verfassen, nur um dann alles zu diktieren.“* (Anm.: Das Konto des Nutzers ist geschützt, das heißt, es ist nur den „Followern“ zugänglich, entsprechend gibt es keine sichtbare Verlinkung zu dem Beitrag.) (twitter.com)

Kommentar zum Gendern *)

Unmögliches erledigen wir sofort

Der Streit um das Sprachgendern kreist in einem erdachten Raum, in dem mit Totschlagargumenten das Gespräch beendet wird, bevor es begonnen hat. Halten wir inne: Dass „ein bewusster Umgang mit Sprache erst ein Bewusstsein für Ungerechtigkeiten schaffe“, stimmt ein bisschen; falsch ist das Wörtchen „erst.“ In den letzten sechzig Jahren hat

es immerhin Fortschritte in der Gleichberechtigung gegeben, schon bevor die Idee aufkam, sie müsste mit Belehrung im sprachlichen Umgang erzwungen werden.

Dass „geschlechtergerechte Sprache ein Mittel sei, um Gleichberechtigung herzustellen“, ist jedoch eine Vermutung und als solche ist sie zu respektieren!

Beweise für ihre Stimmigkeit gibt es nicht, übrigens auch nicht für das Gegenargument: dass Gerechtigkeit durch Sprachgendern sogar verhindert würde. Auch diese Vermutung ließe sich ernst nehmen. Hier geht es um Philosophie, nicht Politik, schon gar nicht um Polemik. Es ist billig zu unterstellen, wer nicht mitmacht, sei ein frauenfeindlicher, alter weißer Mann (obendrein homophob und rassistisch), und was soll das, Gegnern die Bühne (den Vortrag im Hörsaal) zu verwehren. Vielleicht sollte man erst einmal anhören, vielleicht erwachsen daraus bessere, nämlich echte Lösungen.

Statt vorab für indiskutabel zu erklären, was einem nicht passt, wäre es nützlicher zu fragen: Wenn es biologische Unterschiede gibt, die nicht sozial konstruiert sind: Wie gehen wir damit um, wie kommen wir einer Gerechtigkeit trotzdem näher? Eine verschimmelte Wand frisch zu tapezieren, mag genügen um den Käufer des Hauses über die Kante zu ziehen, aber daraus eine Norm für die Altbausanierung machen?

Die tatsächlichen Probleme haben dann mit Sprache nur mehr am Rande zu tun. Hier und da mag eine taktvolle Formulierung hilfreich sein, aber wer verletzt ist, lässt sich nicht täuschen. Deshalb muss jede „gerechtere“ Formulierung bald durch eine noch gerechtere ersetzt werden: aus „Behinderten“ werden „Betroffene“, aus „Flüchtlingen“ werden „Geflüchtete“ – und schon ist die Kraft verpufft, die zu wirklichen Verbesserungen benötigt wird.

Der „Diskurs rund ums Gendern (wird) von den Gendergegnern dominiert, deren Hass kontraproduktiv“ ist. Darin stecken mehrere Fehler. In den Medien dominieren nicht sie, sondern die Gegner der Gegner. Ein „Diskurs“ wäre es, wenn man für möglich hält, gegnerische Argumente könnten eventuell irgendwie vielleicht doch nicht so ganz verkehrt sein.

Überhaupt wäre zu unterscheiden zwischen Gendern und Sprachgendern. Wer sich gegen zwanghaftes Formulieren wehrt, ist noch lange kein Gegner des Genderns – wenn damit spürbare Schritte zu mehr Gerechtigkeit gemeint sind. Zuletzt sei daran erinnert: Gerechtigkeit liegt, wie die Schönheit, im Auge des Betrachters. Das Rechtswesen zielt daher eher auf den Rechtsfrieden als auf die Gerechtigkeit. Mag sein, dass uns das nicht passt. Wie heißt es doch so treffend: „Unmögliches erledigen wir sofort, Wunder dauern etwas länger.“ Da kann die Sprache nützen. (ob)

TAUBEN SIND VEGETARIER:INNEN *)

Funk, das gemeinsame Online-Projekt von ARD und ZDF, hat seine Liebe für Tauben entdeckt. Auf einer Infokachel bei Instagram gab es Informationen zu Haus- und Straßentauben, ihrer Brutzeit und ihren Essensvorlieben. „*Tauben sind Vegetarier:innen*“ stand dort außerdem zu lesen.

Die hämischen Kommentare folgten auf den Fuß: „Vegetarier gendern, damit sich auch queer Tauben inkludiert fühlen“, „Ernsthaft? (...) Weil es so viele sich nicht binär identifizierende Tauben gibt?“

Und auch bei Twitter waren die Kommentare nicht minder gehässig: „Der DACH-Verband ‚Inklusion für Tauben e. V.‘ war empört über die letzte, nicht gegenderte Version“, „Das wird ein zeitgeschichtliches Dokument sein, welche die Dekadenz und Wohlstandsverwahrlosung der Deutschen im Jahre 2022 gut widerspiegelt“.

Dass die Tierwelt gegendert wird, ist neu. Zwar kommt gleichgeschlechtliche Orientierung auch im Tierreich vor, jedoch äußern sich Tiere dazu nicht – sie leben sie einfach. Es erstaunt, dass sich ein öffentlich-rechtliches Medium auf die Sexualisierung eines Themas einlässt, das mit dem Geschlecht nichts zu tun hat. Was als nächstes: Gendergerechtes Gemüse? Gurk:innen? (twitter.com)

Nürnberger Studentenhaus jetzt House Of Students *)

Das Studentenhaus am Andreij-Sacharow-Platz in Nürnberg wurde kürzlich in „House Of Students“ umbenannt. Mit dem neuen Namen will das Studentenwerk Erlangen-Nürnberg ein Zeichen für „Internationalisierung und Genderneutralität“ setzen. Englische Substantive tragen kein Genus wie das Deutsche, so dass im Englischen mit der Bezeichnung „students“ sowohl männliche, weibliche als auch diverse Studenten gemeint sein können. Mal abgesehen davon, dass Sprache selber nichts meint, sondern nur bezeichnet: Mit dem generischen Maskulinum „Studenten“ sind auch im Deutschen sämtliche Geschlechter bezeichnet. Aber das gilt zur Zeit als umstritten, da muss man auf Nummer sicher gehen, und so flüchtet sich das Studentenwerk Erlangen-Nürnberg nun gleich vollständig ins Englische. Man darf gespannt sein, wann aus „Studentenwerk“ das „Students' Work“ wird. Das wäre falsch? Ach was! (werkswelt.de)

Denglisch

Zum Wortfeld „Radfahren“ *)

Aus dem *Wiesbadener Kurier*: Das Referat für Wirtschaft und Beschäftigung der Stadt Wiesbaden veranstaltet die „Wiesbaden Bike Experience Days“. Diese sind Bestandteil des „Restart City“-Programms zur Belebung der Innenstadt. Lokale „Bike-Shops“ informieren. Es gibt auch einen „Repair Shop“ und „Cargo Bikes“ werden zu sehen sein. Für „Action“ sorgen die „BMX Flatland Shows“. Erweiterte Englisch-Kenntnisse sind Voraussetzung für einen Besuch, nach Abgabe der Muttersprache am Eingang.

Wer da nicht mithalten kann, dem bleibt wohl ein Besuch des Deutschen Fahrrad-Museums. Titel: „Die Geschichte des Fahrrades“. (wiesbaden.de)

Kein Denglisch im Schwarzwald *)

Der Schwarzwaldverein Hausen hat sich bei der Sonnwendfeier, die nach zwei Jahren Pandemie in diesem Jahr wieder stattfinden konnte, als Gegner des Denglisch gezeigt. Bei der traditionellen „Feuerrede“ hat Heidi Zöllner, Gruppenleiterin der Regionalgruppe Wiesetal in der Muttersprachengesellschaft, das Denglisch aufs Korn genommen. Man solle doch bitte anstelle von „Dates“ Treffen abmachen, zitiert sie *Die Badische*, „ichauße und nicht shoppe gehen, vo deheim schaffe und nicht Homeoffice betreiben, Veranstaltige und nicht Events besuchen, alles Gueti zum Geburtstag und nicht Happy Birthday wünschen, sich usruete und nicht chille und bienander hocke un mitenander schwätze anstatt mit dem Handy chatte.“ (verlagshaus-jaumann.de)

Forscher bevorzugen Englisch

Sascha Zoske plädiert in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* für die Rückkehr des Deutschen als Wissenschaftssprache. Manche Professoren sprächen weiterhin fast nur Englisch, obwohl sie seit vielen Jahren an deutschen Instituten tätig sind. Die Verkehrssprache in den Forschungsstätten der Biochemiker, Astrophysiker oder Neuropsychologen sei dominiert vom Englischen. Selbst Pressemitteilungen werden fast ausschließlich auf Englisch verfasst. Zoske beschreibt, dass sich eine Art Parallelgesellschaft gebildet hat, denn in Instituten, Tagungen und Publikationen sei Englisch ausschlaggebend. Zoske betont jedoch, dass er grundsätzlich nicht gegen eine Internationalisierung ist, sondern die sprachliche Beschränkung als Nachteil sieht. Schließlich sei nicht jeder wissenschaftsinteressierte Mensch sicher genug im Englischen, um sich über komplexe physikalische oder biologische Phänomene unterhalten zu können. Auch aus Sicht der Arbeitgeber ist Deutsch in der Wissenschaft erstrebenswert. Die Goethe-Universität in Frankfurt teilt mit, dass der Deutscherwerb der dort tätigen Wissenschaftler „Bestandteil des organisatorischen Selbstverständnisses“ sei. (faz.net (Bezahlschranke))

***) Die mit Sternchen *) gekennzeichneten Meldungen sind dem „Infobrief“ des „Vereins Deutsche Sprache e.V. (VDS) entnommen. Peter Helmes ist Mitglied des VDS und bittet um Unterstützung.**
VDS: Verein Deutsche Sprache e. V., Martin-Schmeißer-Weg 11, D-44227 Dortmund

*Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,
das mag für heute genügen.*

*Ich wünsche Ihnen und Ihren Nächsten einen schönen Hochsommer, zudem den Schutz
Gottes und, wie stets an dieser Stelle, uns allen eine bessere Politik.*

*Mit herzlichen Grüßen und bestem Dank für Ihre Treue,
Ihr
Peter Helmes*

Hamburg, 10. August 2022